



— STADT —
RÖDERMARK
Gemeinsam eins

Niederschrift

zur 6. öffentlichen Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses
(Sitzung Nr. 7/2021)
am Donnerstag, 25.11.2021,
um 19:30 Uhr im Mehrzweckraum der Halle Urberach, Am Schellbusch 1

Anwesend sind:

Herr Jörg Rotter

Frau Anna-Monika Gierszewski

Herr Werner Popp

Herr Manfred Rädlein

Frau Mona Reusch

Herr Michael Uhe-Wilhelm

Frau Jenny Bender

Frau Nina Daum

Herr Michael Gensert

Herr Stefan Gerl

Herr Jan Grünberg

Herr Hidir Karademir

Herr Tobias Kruger

Herr Gerhard Schickel

Vertr. f. Fr. Lotz

Frau Isabelle Schrod

Herr Peter Schröder

Frau Jana Tüncher

Herr Sven Sulzmann

Frau Brigitte Beldermann

Frau Anke Rüger

Herr Jan Sittig

Herr Michael Spieß
Herr Dr. Rüdiger Werner
Herr Bernd Koop
Frau Joanna Stasiak-Sofu
Herr Arne Breustedt

Es fehlen:

Frau Andrea Schülner	-E-
Herr Hans Gensert	.
Frau Elke Heidelbach	.
Herr Herbert Schneider	.
Frau Karin von der Lühe	.
Frau Christiane Lotz	-E-
Herr Till Andrießen	-E-
Frau Silvia Hechler	-E-

Zuhörer: Keine

Tagesordnung:

- TOP 1 Begrüßung und Feststellen der Beschlussfähigkeit
- TOP 2 Beteiligungsmodell KommPakt der ENTEGA AG
-Präsentation-
- TOP 3 Bericht zum 3. Quartal 2021
Vorlage: VO/0285/21
- TOP 4 Änderung der Entschädigungssatzung und Anpassung der Zuschüsse an die Fraktionen
Vorlage: VO/0291/21
- TOP 5 Satzung über die Herstellungsmerkmale für die Erschließungsanlagen im Baugebiet "An den Rennwiesen"
Vorlage: VO/0283/21
- TOP 6 Bund-Länder-Programm "Wachstum und nachhaltige Erneuerung" (ehem. Zukunft Stadtgrün in Hessen)/ Gesamtmaßnahme "Urberach-Nord"
Beschluss: "Förderrichtlinie des Anreizprogramms im Stadtumbaugebiet Urberach-Nord"
Vorlage: VO/0290/21
- TOP 7 Bund-Länder-Programm "Wachstum und nachhaltige Erneuerung" (ehem. Stadtumbau in Hessen)/ Gesamtmaßnahme "Ortskern Ober-Roden"
Beschluss: "Förderrichtlinie des Anreizprogramms im Stadtumbaugebiet Ortskern Ober-Roden"
Vorlage: VO/0286/21
- TOP 8 Kooperationsvereinbarung Ausbau der Glasfaserinfrastruktur im Kommunalgebiet
hier: Vertragsabschluss
Vorlage: VO/0308/21
- TOP 9 Antrag der FDP-Fraktion: Optimierung des Rödermärker Müllsystems im öffentlichen Raum
Vorlage: FDP/0137/21
- TOP 10 Antrag der FDP-Fraktion: Ausweitung der öffentlichen Freizeitfläche hinter dem Badehaus
Vorlage: FDP/0135/21
- TOP 11 Antrag der FDP-Fraktion: Prioritätenliste Jugendplätze
Vorlage: FDP/0238/21
- TOP 12 Antrag der SPD-Fraktion: Aufwertung des Bolzplatzes Seligenstädter Straße
Vorlage: SPD/0236/21
- TOP 13 Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion AL/Die Grünen: Zusammenfassung der Anträge von SPD und FDP zu Freizeitflächen für Jugendliche (Vorschlag eines interfraktionellen Antrags)
Vorlage: CAL/0266/21

- TOP 14 Antrag der FDP-Fraktion: Grundsatzbeschluss zur Prüfung eines Sonder- und Gewerbegebietes nördlich Germania
Vorlage: FDP/0237/21
- TOP 15 Antrag der FDP-Fraktion: Stilllegung von Waldflächen
Vorlage: FDP/0240/21
- TOP 16 Antrag der FDP-Fraktion: Jugenddialog (Neufassung)
Vorlage: FDP/0239_1/21
- TOP 17 Antrag des Stadtverordneten Jochen K. Roos (AfD): Ächtung gewalttätiger Übergriffe gegen gewählte Stadtverordnete in kulturellen Einrichtungen der Stadt Rödermark, konkret dem Alternativen Zentrum
Vorlage: AFD/0284/21
- TOP 18 Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion AL/Die Grünen: Städtebauliche Lösungen für die TS Sport- und Vereinsanlagen
Vorlage: CAL/0294/21
- TOP 19 Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion AL/Die Grünen: Interessenbekundungsverfahren für städtische Grundstücke im Baugebiet "Südlich Alter Seeweg"
Vorlage: CAL/0295/21
- TOP 20 Antrag der FDP-Fraktion: Bestandsaufnahme energetischer und klimaschutztechnischer Zustand der städtischen Gebäude
Vorlage: FDP/0299/21
- TOP 21 Antrag der FDP-Fraktion: Mobilitätswende: Wasserstofftankstelle und Wasserstoffinfrastruktur in Rödermark
Vorlage: FDP/0300/21
- TOP 22 Antrag der Fraktion FWR: Wasserstofftankstelle
Vorlage: FWR/0302/21
- TOP 23 Antrag der Fraktion FWR: Fahrradverkehr in Rödermark
Vorlage: FWR/0301/21
- TOP 23.1 Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion AL/Die Grünen: Fahrradverkehr in Rödermark
Vorlage: CAL/0301_1/21
- TOP 24 Einschlägige Punkte zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
- TOP 25 Mitteilungen und Anfragen

Protokoll:

zu 1 Begrüßung und Feststellen der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende, Herr Grünberg, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße und fristgerechte Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest. Gegen die Tagesordnung ergeben sich keine Einwände.

Für Lotz wird durch Herrn Schickel vertreten.

**zu 2 Beteiligungsmodell KommPakt der ENTEGA AG
-Präsentation-**

Herr Bürgermeister Rotter führt in die Thematik ein und begrüßt die Herren Niedermaier und Sturm von der Entega AG. Herr Niedermaier erläutert das Beteiligungsmodell und beantwortet im Anschluss die Fragen der Ausschussmitglieder. Im Anschluss bedanken sich Herr Bürgermeister Rotter und Herr Grünberg bei den Herren Niedermaier und Sturm und verabschieden sie.

**zu 3 Bericht zum 3. Quartal 2021
Vorlage: VO/0285/21**

Beschluss:

Der Bericht zum III. Quartal 2021 wird zur Kenntnis genommen.

**zu 4 Änderung der Entschädigungssatzung und Anpassung der Zuschüsse an die Fraktionen
Vorlage: VO/0291/21**

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss beschließt:

1. die Satzung zur Änderung der Entschädigungssatzung - 2. Änderung - gemäß dem beigefügten Entwurf.
2. die Anzahl der Stadtverordnetenversammlungen ab dem Jahr 2022 auf die gesetzliche Mindestanzahl von 6 Stadtverordnetenversammlungen zu reduzieren.

3. die auf Basis des § 36 a Abs. 4 HGO gewährten Fraktionsmittel ab dem Jahr 2022 auf einen jährlichen Pauschalbetrag in Höhe von 1.200 € je Fraktion festzulegen. Die Gewährung eines zusätzlichen Pro-Kopf-Betrages wird eingestellt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: CDU, AL/Die Grünen, SPD, FDP, FWR

Ablehnung:

Enthaltung:

zu 5 Satzung über die Herstellungsmerkmale für die Erschließungsanlagen im Baugebiet "An den Rennwiesen"

Vorlage: VO/0283/21

Beschluss:

Der HFW empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, die „Satzung über die Herstellungsmerkmale für die Erschließungsanlagen im Baugebiet An den Rennwiesen“ gemäß dem beigefügten Satzungsentwurf zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: CDU, AL/Die Grünen, SPD, FDP, FWR

Ablehnung:

Enthaltung:

zu 6 Bund-Länder-Programm "Wachstum und nachhaltige Erneuerung" (ehem. Zukunft Stadtgrün in Hessen)/ Gesamtmaßnahme "Urberach-Nord"

Beschluss: "Förderrichtlinie des Anreizprogramms im Stadtumbaugebiet Urberach-Nord"

Vorlage: VO/0290/21

Beschluss:

Der HFW empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, die „Förderrichtlinie des Anreizprogramms im Stadtumbaugebiet „Urberach-Nord“ zu beschließen. Das Finanzierungsvolumen liegt bei 10.000 bis 20.000 Euro pro Jahr - bezogen auf die Gesamtförderdauer und bei einem förderfähigen Gesamtbetrag von 120.000 Euro. Die entsprechenden Finanzmittel sind im städtischen Haushalt bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: CDU, AL/Die Grünen, SPD, FDP, FWR

Ablehnung:

Enthaltung:

zu 7

Bund-Länder-Programm "Wachstum und nachhaltige Erneuerung" (ehem. Stadtumbau in Hessen)/ Gesamtmaßnahme "Ortskern Ober-Roden"
Beschluss: "Förderrichtlinie des Anreizprogramms im Stadtumbaugebiet Ortskern Ober-Roden"
Vorlage: VO/0286/21

Beschluss:

Der HFW empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, die „Förderrichtlinie des Anreizprogramms im Stadtumbaugebiet Ortskern Ober-Roden“ zu beschließen.

Das Finanzierungsvolumen liegt bei 100.000 Euro pro Jahr - bezogen auf die Gesamtförderdauer und bei einem förderfähigen Gesamtbetrag von 800.000 Euro. Die entsprechenden Finanzmittel sind im städtischen Haushalt bereitzustellen. Eine teilweise Refinanzierung über die Städtebaufördermittel ist sicherzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: CDU, AL/Die Grünen, SPD, FDP, FWR

Ablehnung:

Enthaltung:

zu 8

Kooperationsvereinbarung Ausbau der Glasfaserinfrastruktur im Kommunalgebiet
hier: Vertragsabschluss
Vorlage: VO/0308/21

Beschluss:

Der HFW empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, der in der Anlage beigefügten Kooperationsvereinbarung zwischen der Deutschen GigaNetz GmbH und der Stadt Rödermark zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: CDU, AL/Die Grünen, SPD, FDP, FWR

Ablehnung:

Enthaltung:

zu 9

Antrag der FDP-Fraktion: Optimierung des Rödermärker Müllsystems im öffentlichen Raum

Vorlage: FDP/0137/21

Beschluss:

Der Magistrat der Stadt Rödermark wird beauftragt, auf Basis der in der vorstehenden Begründung dargelegten Aspekte und Schwerpunkte ein optimiertes Müllkonzept für den öffentlichen Raum in Rödermark zu entwickeln und dessen Kosten - unterteilt in Investitionskosten (z.B. neue Abfallbehälter, etc.) und laufende Kosten (z.B. Personalkosten für die Leerung und Entsorgungskosten des eingesammelten Mülls) - zu ermitteln.

Dieses umfassende Optimierungskonzept soll unter anderem konkrete Maßnahmen enthalten für:

1. Verbesserte Entsorgungsmöglichkeiten
2. Verbesserte Entsorgungsintervalle
3. Verbesserte Aufklärung
4. Mehr Kontrolle

und noch im Jahr 2021 vorgestellt werden.

Es erfolgt keine Abstimmung. Der Antragsteller erklärt, den Tagesordnungspunkt auf die nächste Sitzungsrunde zu schieben.

zu 10

Antrag der FDP-Fraktion: Ausweitung der öffentlichen Freizeitfläche hinter dem Badehaus

Vorlage: FDP/0135/21

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark möge beschließen:

1. Die bisher dem Badehaus und der Sauna zugeordnete Freifläche als Teil des Flurstücks 154/9 mit einer Fläche von rund 5.200 m² wird neu aufgeteilt.
2. Der größere Teil dieser Fläche wird für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht und erweitert die bisherige Freizeitfläche „hinter dem Badehaus“, so dass diese zukünftig mindestens 10.000 m² groß sein wird.
3. Die so neu hinzukommende öffentliche Fläche soll bei der Neugestaltung dieser Freifläche im Zuge des Förderprogramms „Wachstum und Nachhaltige Erneuerung Urberach-Nord“ mitberücksichtigt werden.

Die Tagesordnungspunkte 10 bis 13 werden gemeinsam aufgerufen. Der Stadtverordnete Gensert verteilt einen Vorschlag für einen interfraktionellen Antrag. Eine Beschlussempfehlung erfolgt nicht, da noch Beratungsbedarf in den Fraktionen besteht.

zu 11 Antrag der FDP-Fraktion: Prioritätenliste Jugendplätze

Vorlage: FDP/0238/21

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung bekennt sich zu dem Ziel, in der Wahlperiode 2021-2026 das Angebot von Jugendplätzen für ältere Kinder und Jugendliche in Rödermark zu verbessern.
2. Mit diesem Ziel als Basis wird der Magistrat beauftragt, eine neue Prioritätenliste bzgl. der Errichtung weiterer Jugendplätze zu erstellen. Jugendplätze können dabei sowohl Plätze sein, die eine sportliche Betätigung ermöglichen, als auch solche Plätze, auf denen Treffen, "Abhängen" und "Chillen" ausdrücklich erlaubt ist. Diese Plätze sollten besonders für Kinder und Jugendliche zwischen 12 und 20 Jahren interessant sein. Die Prioritätenliste soll mit zeitlichen Zielen der Umsetzung versehen werden.
3. Über den Stand der Dinge bezüglich Jugendplätze soll der Magistrat mindestens einmal jährlich im FSIK-Fachausschuss berichten.

Die Tagesordnungspunkte 10 bis 13 werden gemeinsam aufgerufen. Der Stadtverordnete Gensert verteilt einen Vorschlag für einen interfraktionellen Antrag. Eine Beschlussempfehlung erfolgt nicht, da noch Beratungsbedarf in den Fraktionen besteht.

zu 12 Antrag der SPD-Fraktion: Aufwertung des Bolzplatzes Seligenstädter Straße

Vorlage: SPD/0236/21

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, ein Konzept zur Aufwertung des Bolzplatzes an der Seligenstädter Straße zu erarbeiten und vorzulegen sowie ein solches Konzept durch das Einholen von entsprechenden Angeboten mit konkreten Kosten für ein solches Vorhaben zu unterlegen.

Die Tagesordnungspunkte 10 bis 13 werden gemeinsam aufgerufen. Der Stadtverordnete Gensert verteilt einen Vorschlag für einen interfraktionellen Antrag. Eine Beschlussempfehlung erfolgt nicht, da noch Beratungsbedarf in den Fraktionen besteht.

zu 13

Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion AL/Die Grünen: Zusammenfassung der Anträge von SPD und FDP zu Freizeitflächen für Jugendliche (Vorschlag eines interfraktionellen Antrags)

Vorlage: CAL/0266/21

Beschluss:

1. Der Magistrat wird beauftragt über die Bauverwaltung den Rahmen zu skizzieren, der zur Ausgestaltung, Einrichtung und Neuerrichtung von Jugendplätzen in finanzieller Hinsicht und hinsichtlich der Flächenverfügbarkeit gegeben ist.
2. Der Magistrat wird im Anschluss beauftragt, in Kooperation mit der städtischen Jugendarbeit, der Stadtplanung als auch vorhandenen Jugendforen interessierte Jugendliche wie folgt über die folgenden Fragestellungen zu beteiligen:
 - a. Es sollen Feststellungen darüber getroffen werden, welche Bedürfnisse nach Funktion, Größe und Neuerrichtung von Jugendplätzen bestehen.
 - b. Es ist eine Prioritätenliste hinsichtlich der weiteren Einrichtung sowie Verbesserung der Ausgestaltung bzw. Neuerrichtung von Jugendplätzen zu erstellen.
3. Der Bolzplatz auf der Städtischen Liegenschaft in der Seligenstädter Straße ist grundsätzlich aufzuwerten.
 - a. Der Magistrat wird beauftragt hierzu ein Konzept vorzulegen.
 - b. Der Magistrat wird bauauftragt zu prüfen, ob auf der bislang unge nutzten Teilfläche dieses städtischen Grundstücks PKW-Stellplätze hergestellt werden können, die ausschließlich dem Sportbetrieb auf dem nahegelegenen Sportgelände der Turnerschaft Ober-Roden dienen sollen.
4. Der Planungs- und Bürgerbeteiligungsprozess (lokale Partnerschaft, online-Beteiligung zur Neugestaltung des Gesamtareals um das Hallenbad in Urberach (Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 19.06.2018) sind nicht abgeschlossen.
 - a. Der Magistrat wird beauftragt, Festlegungen für die weitere Nutzung aller Flächen auch die Fragestellung nach einer Fläche für die Verlagerung des Bolzplatzes auf dem Gesamtareal zu treffen.
 - b. Unter dieser Maßgabe ist dieser Bolzplatz auch bei der weiteren Beteiligung von Jugendlichen einzubeziehen.

Die Tagesordnungspunkte 10 bis 13 werden gemeinsam aufgerufen.

Der Stadtverordnete Gensert verteilt einen Vorschlag für einen interfraktionellen Antrag. Eine Beschlussempfehlung erfolgt nicht, da noch Beratungsbedarf in den Fraktionen besteht.

- zu 14 Antrag der FDP-Fraktion: Grundsatzbeschluss zur Prüfung eines Sonder- und Gewerbegebietes nördlich Germania**
Vorlage: FDP/0237/21

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark möge beschließen:

1. Der bestehende, unwidersprochene/unbeanstandete, Grundsatzbeschluss (VO/0031/21 in der am 16.02.2021 beschlossenen Fassung) der Stadtverordnetenversammlung zur Prüfung eines Sonder- und Gewerbegebietes nördlich der Germania wird bekräftigt.
2. Die in diesem vorstehend genannten, unwidersprochenen/unbeanstandeten, Grundsatzbeschluss vom 16.02.2021 enthaltenen, verbindlichen Handlungsaufträge (i.S.d. § 66 Abs. 1 Satz 3 Nr. 2 HGO) an den Magistrat der Stadt Rödermark werden bekräftigt.
3. Der Magistrat der Stadt Rödermark wird beauftragt:
 - a) Im zuständigen Fachausschuss zu berichten, welche grundsätzlichen Aktivitäten, Gespräche, Untersuchungen und Entwicklungen es in der vorstehend genannten Sache seit des mehrheitlich in der Stadtverordnetenversammlung vom 16.02.2021 gefassten Grundsatzbeschlusses (VO/0031/21) zur Prüfung eines Sonder- und Gewerbegebietes nördlich Germania mit welchen Ergebnissen gegeben hat.
 - b) Im zuständigen Fachausschuss zu berichten, welche Gespräche mit der Hessischen Landgesellschaft mbH (HLG) und konkreten Entwicklungen es in der Sache hinsichtlich der Grundstückssicherung und der Bodenbevorratung seit des mehrheitlich in der Stadtverordnetenversammlung vom 16.02.2021 gefassten Grundsatzbeschlusses (VO/0031/21) zur Prüfung eines Sonder- und Gewerbegebietes nördlich Germania gegeben hat.

Es erfolgt keine Abstimmung. Der Antragsteller erklärt, den Tagesordnungspunkt auf die nächste Sitzungsrunde zu schieben.

- zu 15 Antrag der FDP-Fraktion: Stilllegung von Waldflächen**
Vorlage: FDP/0240/21

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Das aktuelle Forsteinrichtungswerk wird modifiziert. Die Erzielung von betrieblich angemessenen Überschüssen kann unter den bestehenden Bedingungen kaum bis nicht mehr erwartet werden. Die Wichtigkeit des finanziellen Nutzens ist daher abzuwerten. Ziel der Bewirtschaftung soll langfristig die Erhöhung des Anteils an Laubbäumen sein.
2. Es werden insgesamt 10 % des Stadtwalds aus der Nutzung genommen und sich selbst überlassen. Die Auswahl der zusätzlichen 5 % soll in Abstimmung mit dem Forst, den Naturschutzverbänden und den Jagdpächtern geschehen. Wirtschaftliche Gründe sollen bei der Auswahl eine untergeordnete Rolle spielen.
3. Im Stadtwald soll der natürlichen Wiederbewaldung grundsätzlich der Vorrang vor einer gezielten Aufforstung gegeben werden, wobei Aufforstung nicht ausgeschlossen wird, wenn gute Gründe dafürsprechen.

Die Koalitionsfraktionen kündigen an, einen Änderungsantrag zu stellen. Eine Beschlussempfehlung ergeht nicht.

zu 16 Antrag der FDP-Fraktion: Jugenddialog (Neufassung)
Vorlage: FDP/0239_1/21

Beschluss:

Der Magistrat der Stadt Rödermark wird beauftragt, ein von der städtischen Fachabteilung Jugend koordiniertes und organisiertes regelmäßiges Treffen „Jugenddialog - Jugend Rödermark trifft Politik“ einzuführen und zu einem regelmäßigen Bestandteil der Rödermärker Politik zu machen. Jede Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung sollte zu diesem Dialog eine/-n Vertreter/-in entsenden können.

Es wird eine Neufassung des Antrags vorgelegt. Eine Beschlussempfehlung erfolgt nicht, da noch Beratungsbedarf in den Fraktionen besteht.

zu 17 Antrag des Stadtverordneten Jochen K. Roos (AfD): Ächtung gewalttätiger Übergriffe gegen gewählte Stadtverordnete in kulturellen Einrichtungen der Stadt Rödermark, konkret dem Alternativen Zentrum
Vorlage: AFD/0284/21

Beschluss:

- 1.) Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark möge beschließen, der kulturellen Einrichtung Alternatives Zentrum Rödermark (AZ), vertreten durch Herrn Lothar Rickert, Kreuzgasse 28, 63322 Rödermark die öf-

fentliche Missbilligung für den körperlichen, gewalttätigen Übergriff eines Mitarbeiters des AZ, bekannt nur als „Peter, der die Technik macht“ gegen den gewählten Stadtverordneten Dr. Gert Köhlbrandt auszusprechen, welcher am So. 17.10.2021 gegen 20.15 Uhr – in der Pause - während der Veranstaltung „The Fitzgeralds - Canadas New Folk Sensation“ in der Kelter-scheune Urberach stattfand. Der Übergriff fand gemeinsam mit einer wüsten Be- schimpfung und einer Menge an durchgeführten Beleidigungen statt und steht in direktem Zusammenhang mit der Wahl Herrn Dr. Köhlbrandts zum Stadtverordneten. Unser ursprünglich gewählter Stadtverordneter wurde hierbei massiv als „Nazi“ beschimpft und körperlich handgreiflich vom Sitz geschlagen.

2.) Desgleichen soll das AZ formell darauf hingewiesen werden, dass, wenn es kein geeignetes Sicherheitskonzept entwickelt, welches die Gäste vor Übergriffen aus der hauseigenen Mitarbeiterschaft schützt, im Wiederholungsfalle mit einer Einschränkung oder Komplettstreichung öffentlicher Fördermittel an das AZ zu rechnen ist.

3.) Desweiteren soll der Magistrat aufgefordert werden, die von ihm unterstützte Respekt! - Aktion, die sich gegen Rassismus wendet, unverzüglich einzustellen und abzubauen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:

Ablehnung: CDU, AL/Die Grünen, SPD, FDP, FWR

Enthaltung:

zu 18 **Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion AL/Die Grünen: Städtebauliche Lösungen für die TS Sport- und Vereinsanlagen**
Vorlage: CAL/0294/21

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, ob und auf welche Weise folgende Maßnahmen geeignet sein könnten, die Stellplatzproblematik am Sportgelände der Turnerschaft Ober-Roden an der Dr. Walter-Kolb-Straße zu lösen:

- Aufstellen eines Vorhabenbezogenen Bebauungsplans für den Bereich der TS Sport- und Vereinsanlagen,
- Durchführung von Bauleitverfahren bzw. Abänderungsverfahren von bestehenden Bebauungsplänen in dessen Geltungsbereiche die TS Sport- und Vereinsanlagen fallen,
- Maßnahmen einschließlich Bauleitverfahren die sich auch auf Areale außerhalb des Bestands der TS Sport- und Vereinsanlagen und dem Geltungsbereich von bestehenden Bauleitverfahren erstrecken,

Hierbei sind Gesamtlösungen anzustreben, die sowohl eine weitere Entwicklung der Vereinsanlagen sicherstellen als auch die Lösung der Stellplatzproblematik gewährleisten. Zu einer Gesamtlösung gehört auch die weitere Verfügbarkeit eines Bolzplatzes und gegebenenfalls seine Aufwertung.

Der Stadtverordnete Gerl erklärt, dass der Punkt 3 b) aus TOP 13 mit aufgenommen werden soll:

Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, ob auf der bislang ungenutzten Teilfläche dieses städtischen Grundstücks PKW-Stellplätze hergestellt werden können, die ausschließlich dem Sportbetrieb auf dem nahegelegenen Sportgelände der Turnerschaft Ober-Roden dienen sollen.

Eine Beschlussempfehlung erfolgt nicht.

zu 19 **Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion AL/Die Grünen: Interessenbekundungsverfahren für städtische Grundstücke im Baugebiet "Südlich Alter Seeweg"**
Vorlage: CAL/0295/21

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt für die im südwestlichen Teil des im Plangebietes „Südlich Alter Seeweg“ gelegene städtische Zuteilungsflächen ein Interessenbekundungsverfahren bzw. eine Ausschreibung durchzuführen.

Die gesetzlichen und sonstigen Vorschriften solcher Verfahren sind einzuhalten und die entsprechende Ausschreibungsform ist zu wählen.

Es ist ein Konzept zu entwickeln beidem folgende Kriterien berücksichtigt werden könnten:

- Errichtung von preisgünstigem Wohnraum bzw. Errichtung von sozialgebundenem oder preisgebundenem Wohnraum,
- Wohnungen für Senioren,
- gemeinschaftliches Wohnen von Jung und Alt

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: CDU, AL/Die Grünen, SPD, FDP, FWR

Ablehnung:

Enthaltung:

- zu 20 Antrag der FDP-Fraktion: Bestandsaufnahme energetischer und klimaschutz-technischer Zustand der städtischen Gebäude**
Vorlage: FDP/0299/21

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat der Stadt Rödermark wird beauftragt, mit Blick auf die Themen Klimarelevanz, Energieeffizienz sowie Nachhaltigkeit im 1. Halbjahr 2022 für sämtliche Gebäude und Liegenschaften der Stadt Rödermark (inklusive KBR) eine aktuelle, umfassende Bestandsaufnahme und Zustandsanalyse mitsamt - bewertung bzgl. ihres energetischen Status und ihres Potenzials für weitere klimarelevante Maßnahmen vorzulegen. Die Bestandsaufnahme soll für jedes städtische Gebäude einzeln vorgenommen werden und soll unter anderem die nachstehend genannten Aspekte/Kriterien enthalten:

- 1) Außendämmung der Gebäude
- 2) Zwischen- und Dachdämmung der Gebäude
- 3) Art der Heizanlage (Öl, Gas, Fernwärme, Pellets, etc.)
- 4) Alter der Heizanlage
- 5) Art und Alter der Heizkörper
- 6) Alter und Art der Verglasung der Fenster
- 7) Primärenergieverbrauch des Gebäudes nach Energieausweis
- 8) Photovoltaikanlage vorhanden oder möglich¹
- 9) Warmwassergewinnung durch Solarthermie vorhanden oder möglich
- 10) Dachbegrünung vorhanden oder möglich
- 11) Wärmepumpe vorhanden oder möglich
- 12) Sind bis 2025 Investitionen in die energetische Sanierung geplant?
- 13) Welche darüberhinausgehenden klimaschutztechnischen Sanierungen wären sinnvoll, scheitern aber an nicht vorhandenen Finanz- und/oder Fördermitteln?

¹ „Möglich“ im Sinne der Punkte 8-11 ist in diesem Zusammenhang als: „sowohl baulich und technisch darstellbar sowie auch wirtschaftlich zumindest langfristig sinnvoll“ zu verstehen.

Es besteht noch Beratungsbedarf in den Fraktionen. Eine Beschlussempfehlung erfolgt nicht.

- zu 21 Antrag der FDP-Fraktion: Mobilitätswende: Wasserstofftankstelle und Wasserstoffinfrastruktur in Rödermark**
Vorlage: FDP/0300/21

Beschluss:

Der Magistrat der Stadt Rödermark wird unter anderem mit Blick auf die

„Clean Vehicles Directive“ (CvD) der EU sowie die allgemeine Energiewende beauftragt:

1. Den aktuellen Stand des städtischen Fuhrparks darzulegen hinsichtlich Anzahl, Art, Alter, Antriebsart der Fahrzeuge.
2. Qualifiziert zu prüfen, an welchem Ort, unter welchen Voraussetzungen/Bedingungen und in welchem Zeithorizont in Rödermark eine Wasserstoftankstelle errichtet werden kann.
3. Zu eruieren, welche praktischen Auswirkungen die Umsetzungen der „Clean Vehicles Directive“ (CvD) der EU für Rödermark (in allen Aufgaben- und Handlungsfeldern) grundsätzlich hat.
4. Zu ermitteln, welche Potenziale für die Wasserstoffnutzung und -herstellung (inklusive Fördergelder) es in Rödermark nach derzeitigem Kenntnisstand gibt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: CDU, AL/Die Grünen, SPD, FDP, FWR

Ablehnung:

Enthaltung:

zu 22 Antrag der Fraktion FWR: Wasserstoftankstelle

Vorlage: FWR/0302/21

Beschluss:

- Der Magistrat wird beauftragt, die Installation einer Wasserstoftankstelle in Rödermark zu prüfen und ggfs. zu fördern.
- Es ist zu prüfen, ob eine sinnvolle Zusammenarbeit mit Nachbarkommunen sinnvoll ist, um einen entsprechenden Investor zu finden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: CDU, AL/Die Grünen, SPD, FDP, FWR

Ablehnung:

Enthaltung:

zu 23 Antrag der Fraktion FWR: Fahrradverkehr in Rödermark

Vorlage: FWR/0301/21

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, umgehend und wo notwendig gemeinsam mit Hessen-Mobil sofort eine wirkungsvolle Verkehrsentlastung in Rödermark einzuleiten. Es ist zu prüfen welche Fördergelder von Bund und Land für Fahrradwege in Anspruch genommen werden können.

1. Auf den folgenden Straßen Fahrradschutzstreifen mit entsprechenden Markierungen anbringen:
 - Konrad-Adenauer-Str. und Traminer Str. auf machbaren Abschnitten.
 - Gesamte Rodastraße
 - Ortsdurchfahrt Ober-Roden auf machbaren Abschnitten.
 - Weitere für Fahrradfahrer häufig benutzte Straßen sollen auf Machbarkeit von Fahrradschutzstreifen untersucht werden (z. B. Babenhäuser Straße, Frh.-v.-Stein-Str., Kapellenstr., Mainzer Str., Hanauer Str.)
2. im Falle der Abnutzung von bestehenden Fahrrad Markierungen diese zu erneuern.
3. Beseitigung der Lücke im Radwegenetz vor der Kreuzung der Kreisquerverbindung am Ortsausgang von Waldacker.
4. Tempo 30 für die Straßen: Konrad-Adenauer-Str., Traminer Str., Darmstädter Str., Rodaestr. und die Straßen der L3097 in Ober-Roden.
5. Umleitung des Schwerverkehrs und deren Kontrolle.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: FWR

Ablehnung: CDU, AL/Die Grünen, SPD

Enthaltung: FDP

zu 23.1 Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion AL/Die Grünen: Fahrradverkehr in Rödermark
Vorlage: CAL/0301_1/21

Beschluss:

Die Punkte 1. – 3. Des Ursprungsantrages werden ersetzt durch:

Der Magistrat wird beauftragt:

1. Ein auf die örtlichen Verhältnisse zugeschnittenes Fuß- und Radverkehrskonzept von einem qualifizierten Planungsbüro erstellen zu lassen.
2. Kurzfristig zu planende Maßnahmen eigenverantwortlich zu prüfen und umzusetzen.
3. Für beide Maßnahmen geeignete Förderprogramme von Land und Bund zu nutzen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: CDU, AL/Die Grünen, SPD

Ablehnung: FWR

Enthaltung: FDP

zu 24 Einschlägige Punkte zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

Keine einschlägigen Punkte zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung.

zu 25 Mitteilungen und Anfragen

Mitteilungen:

1. Herr Bürgermeister Rotter teilt mit, dass die Feststellung des Entwurfs des Haushaltsplans 2022 für die kommende Magistratssitzung am 29.11.2021 vorgesehen ist. Der Entwurf des Haushaltsplans 2022 soll am 07.12.2021 in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht werden.

Ende der Sitzung: 22:30 Uhr.

Für die Richtigkeit:



Arne Breustedt
Schriftführer



Jan Grünberg
Ausschussvorsitzender